

Stand: 08.02.2026 20:13:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16654

"Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16654 vom 27.04.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17497 des GP vom 22.06.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17637 vom 06.07.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 06.07.2017



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Susann Biedefeld, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Isabell Zacharias, Herbert Woerlein, Günther Knoblauch, Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ilona Deckwerth SPD**

Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ergänzend zur bayernweiten Standortanalyse von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für erwachsene Pflegebedürftige und der Erstellung eines Konzepts mit Schlussfolgerungen aus der Analyse – wie auf Drs. 17/10361 beschlossen – eine eigene bayernweite Untersuchung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten speziell für junge Pflegende und Familien junger Pflegebedürftiger vorzulegen und dazu ein Konzept mit Schlussfolgerungen aus der Analyse, wie die Erkenntnisse gezielt und konkret umgesetzt werden.

Ziel ist einerseits ein flächendeckendes Netz an wohnortnahmen Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Angehörige von Kindern und Jugendlichen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen, wobei leicht ersichtlich sein muss, wo die Betroffenen Beratung und Unterstützung erhalten können. Andererseits muss auch die besondere Situation und der spezielle Bedarf von Kindern und Jugendlichen als Pflegende berücksichtigt werden. Ziel ist auch hier der flächendeckende und wohnortnahe Aufbau von Angeboten, wobei essenziell ist, dass diese proaktiv und aufsuchend tätig sind.

Begründung:

Im Falle einer Pflegebedürftigkeit übernehmen meist der Partner, die Partnerin oder auch erwachsene Angehörige die Pflege. Übersehen wird allerdings allzu oft, dass auch Kinder und Jugendliche in die Pflege, Betreuung und Versorgung von chronisch erkrankten Familienangehörigen eingebunden sind und dies häufig sehr stark. Laut Report „Junge Pflegende“ des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) sind etwa fünf Prozent der 12- bis 17-Jährigen (zirka 230.000

Jugendliche deutschlandweit) regelmäßig in Pflegeaufgaben eingebunden. Dabei helfen 90 Prozent der befragten Jugendlichen mehrmals in der Woche, 33 Prozent sogar täglich. Kinder und Jugendliche altersadäquat in die Pflege einzubeziehen, ist durchaus wünschenswert und kann sich positiv auf das Familieneleben und die Krankheitsbewältigung auswirken. Jedoch dürfen die erheblichen Herausforderungen und Belastungen nicht unterschätzt werden, mit denen junge Pflegende konfrontiert sind. Sie müssen die Pflegeaufgaben mit dem Heranwachsen vereinbaren, mit Schule und Ausbildung und gleichzeitig die Krankheit des Familienmitglieds auf psychologischer Ebene bewältigen.

Junge Pflegende befinden sich in einem Spannungsfeld, sie sind keine Fachkräfte und das Wissen um Unterstützungs- und Beratungsangebote dürfte bei dieser jungen Zielgruppe noch viel geringer sein als bei erwachsenen pflegenden Angehörigen. Außerdem fehlt Kindern und Jugendlichen sehr oft das Wissen über die elterliche Erkrankung. Sie wünschen sich Informationen zu Symptomen, Krankheitsverläufen und Vererbarkeit, um eigene Unsicherheiten im Umgang mit der Situation abzubauen. Hier ist besonderes Fingerspitzengefühl und Sensibilität erforderlich sowie eine aufsuchende Beratung.

Diesen Bedarf hat auch Staatsministerin Melanie Huml bestätigt. In ihrer Presseerklärung vom 23. Januar 2017 ist zu lesen: „Künftig müssen die Hilfs- und Unterstützungsangebote so organisiert werden, dass sie auch junge Pflegende erreichen. [...] Gemeinsam müssen wir das Bewusstsein für pflegende Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft erhöhen sowie die Versorgungsstrukturen und Hilfsangebote verbessern. Denn klar ist: Junge Pflegende wenden sich selten von sich aus an die Fachstellen für pflegende Angehörige. Die Initiative muss deshalb von außen kommen. [...] Wichtig sind Unterstützmöglichkeiten, damit junge Pflegende ihre familiären Pflegekonstellationen bewältigen und mit Schule und Ausbildung vereinbaren können.“

Damit die Hilfsangebote für junge Pflegende verbessert und so organisiert werden können, dass sie die Kinder und Jugendlichen auch wirklich erreichen, muss eine Standortanalyse erstellt werden mit konkreten Schlussfolgerungen, wie diese Struktur für junge Pflegende verbessert und ausgebaut werden kann und wie ein adäquates Hilfsnetzwerk auf- und ausgebaut wird unter spezieller Berücksichtigung der besonderen Situation der Kinder und Jugendlichen und ihres ganz besonderen Bedarfs gerade auch in Bezug auf eine aufsuchende Beratung.

Immerhin geben 51 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen an, durch die Pflege des Familienmitglieds belastet zu sein. Für diese jungen Menschen kann dies erhebliche gesundheitliche und psychische Folgen haben. Junge Pflegende finden aber in der Gesellschaft jedoch meist keine adäquate Unterstützung. Oftmals fehlt es an „Ventilen“, um einen Ausgleich zu finden oder um über die persönliche Situation zu sprechen. Die Sehnsucht nach Normalität, Scham, Ängste – auch im Hinblick auf eine mögliche Trennung von der Familie – und das Bedürfnis, sich gegenseitig zu schützen, sind Faktoren, die dazu führen, dass sie ihre Probleme für sich behalten und von sich aus keine Pflegeberatung und Unterstützungsangebote aufsuchen. Deshalb muss die Beratung von pflegenden Kindern und Jugendlichen besonders sensibel, aufsuchend und proaktiv erfolgen.

Der zweite Teil der Standortanalyse bezieht sich auf pflegebedürftige Kinder und Jugendliche und ihre Familien. Auch diese Zielgruppe soll in der Standortanalyse der Beratungs- und Unterstützungsangebote und Schlussfolgerungen daraus berücksichtigt werden und auch hier ist ein Konzept mit Schlussfolgerungen nötig, das die Familien von Kindern mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen in den Blick nimmt. Die Kindernetzwerk-Studie 2014 zeigt, dass Familien mit chronisch kranken Kindern gegenüber anderen Familien stärker belastet, gesundheitlich und sozial benachteiligt, finanziell und wirtschaftlich schlechter gestellt sind. Bei Familien mit behinderten Kindern ist der Unterschied noch deutlicher. Auffällig ist, dass die wenigsten Eltern Kenntnis über die Maßnahmen zur Familienentlastung haben: „78,4 Prozent kennen diese fast gar nicht oder nur wenig. Auch den Bereich der Frühförderung kennen knapp zwei Drittel der Eltern nur wenig oder fast gar nicht. Damit besteht in zwei wesentlichen Bereichen, die zur Entlastung von Familien dienen, ein deutliches Informations- und Beratungsdefizit.“ Diese Tatsache hat auch Einzug in den Bayerischen Kindergesundheitsbericht 2015 gefunden, der vom Staatsministerium für Gesundheit und Pflege herausgegeben wurde.

Die Kindernetzwerk-Studie kommt weiterhin zu der Erkenntnis, dass Informations- und Beratungsdefizite geringer sind, wenn die Eltern einen konkreten kompetenten Ansprechpartner haben, der sie über Hilfen ausreichend informieren kann. Etwa 26 Prozent der Befragten haben einen solchen Ansprechpartner. Die überwiegende Mehrzahl der betroffenen Familien vermisst einen verlässlichen und kundigen Lotsen, der sie durch das nicht immer einfach zu verstehende Gesundheitssystem lotst. Oft müssen Eltern unterschiedliche Leistungen bei verschiedenen Trägern beantragen und auch beim Übergang in die nächste Leistung und bei der Transition von der Kindes- zur Erwachsenenmedizin kommt es zu vermeidbaren Wartezeiten, da es zu wenige koordinierende Stellen gibt. Eine flächendeckende und wohnortnahe Beratung ist deshalb essenziell und dringend notwendig. Es muss für

pflegende Angehörige – auch für Familien von Kindern und Jugendlichen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen – leicht ersichtlich sein, wo sie Unterstützung und Beratung erhalten können. Deshalb muss eine einheitliche Struktur der Angebote geschaffen werden und daher ist es wichtig, eine bayernweite Standortanalyse auch von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Angehörige von jüngeren Pflegebedürftigen vorzunehmen und ein Konzept auszuarbeiten, wie die Erkenntnisse aus der Analyse hinsichtlich weißer Flecken im Freistaat und der Strukturierung vorhandener Angebote gezielt und konkret umgesetzt werden. Notwendig sind kompetente Ansprechpartnerinnen bzw. -partner, die sich mit ihrer Expertise für eine vollständige Teilhabe der Kinder und Jugendlichen mit besonderem Bedarf einsetzen.

Wie auf Drs. 17/10361 beschlossen, wurde inzwischen die Erstellung einer bayernweiten Standortanalyse von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für erwachsene Pflegebedürftige und die Erstellung eines Konzepts mit Schlussfolgerungen aus der Analyse beauftragt. Der Auftrag erging an die Prognos AG in Kooperation mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA). Da es das Studiendesign dieser bereits beauftragten Studie laut der Regierungspartei nicht erlaubt, die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen einzubeziehen, soll die Staatsregierung ergänzend dazu eine eigene Untersuchung beauftragen, die die Familien pflegebedürftiger Kinder und Jugendlichen sowie die pflegenden Kinder und Jugendlichen in den Blick nimmt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann,
Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Drs. 17/16654

Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Ruth Waldmann**
Mitberichterstatterin: **Carolina Trautner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 9. Mai 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 160. Sitzung am 22. Juni 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Susann Biedefeld, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Isabell Zacharias, Herbert Woerlein, Günther Knoblauch, Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ilona Deckwerth SPD

Drs. 17/16654, 17/17497

Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter der Nummer 6 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 400/17, betreffend: "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche", beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Es sind dies die Drucksache 17/17484 sowie die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/17536. Die Beratung im Bundesrat ist für den morgigen Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm.

Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Saubere Energie für alle Europäer
COM (2016) 860 final
BR-Drs. 738/16
Drs. 17/16271, 17/17300 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie
COM (2016) 763 final
BR-Drs. 811/16
Drs. 17/16272, 17/17301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Forschung und Technologie:
Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlich-
öffentliche Partnerschaften (Art. 185 Initiativen) im Rahmen der
Zwischenbewertung von Horizont 2020
27.01.2017 – 30.04.2017
Drs. 17/16273, 17/17473 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Verkehr:
Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
23.01.2017 – 23.04.2017
Drs. 17/16274, 17/17302 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend:
Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen
28.02.2017 – 31.05.2017
Drs. 17/16310, 17/17474 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Subsidiaritätsangelegenheit

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,
Dr. Martin Huber u.a. CSU,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates
zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der
Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den
Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche,
COM (2017) 257 final;
BR-Drs. 400/17
Drs. 17/17484, 17/17536 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



Verfassungsstreitigkeit

7. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2017

(Vf. 8-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
des Art. 57 a des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unter-
richtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000
(GVBl. S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom
13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, in Verbindung mit den
Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen
(KMS vom 30. Mai 2016 – VI.7 – B P9010.1-7b.50387 – FubSch)

PII/G1310.17-0007

Drs. 17/17396 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



Anträge

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kleine Brauereien unterstützen – Vielfalt des bayerischen Biers erhalten
Drs. 17/13533, 17/17460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Missbrauch von K.-o.-Tropfen verhindern
Drs. 17/15262, 17/17493 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Josef Zellmeier, Walter Nussel u.a. CSU
Die neuen Grenzwerte der TA Luft gefährden Holzheizkraftwerke
und übersteigen zugleich das technisch Mögliche
Drs. 17/15731, 17/17423 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner,
Ruth Waldmann u.a. SPD
Außenwerbeverbot für Tabakwaren
Drs. 17/16165, 17/17414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern
Drs. 17/16178, 17/17494 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende ist Klimaschutz: Die richtigen Rahmenbedingungen
für Mieterstrommodelle jetzt einführen
Drs. 17/16319, 17/17468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Leistungsgerechte und faire Managergehälter – Exzesse vermeiden
Drs. 17/16321, 17/17470 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wirkungsvolle Förderung von Mieterstromprojekten auf den Weg bringen
Drs. 17/16343, 17/17469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath,
Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU
Erfahrungen mit der Wohnsitzregelung
Drs. 17/16409, 17/17256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU
Schnelle Klarheit über das Verhältnis zum Vereinigten Königreich
nach dem Brexit
Drs. 17/16505, 17/17465 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller,
Susann Biedefeld u.a. SPD
Baumaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim
Drs. 17/16613, 17/17461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn,
Klaus Adelt u.a. SPD
Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen
Drs. 17/16615, 17/17416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitliche Mindestereichbarkeit im Krankenhausplan des Freistaates Bayern berücksichtigen
Drs. 17/16620, 17/17496 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken
Drs. 17/16654, 17/17497 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein Verpackungsgesetz zu Lasten der Kommunen und der Umwelt
Drs. 17/16668, 17/17248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten
Drs. 17/16670, 17/17498 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerische Projekte in der Donauraumstrategie der EU-Kommission
Drs. 17/16672, 17/17418 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen
Drs. 17/16781, 17/17499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD) Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken
Drs. 17/16782, 17/17463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unwetter am Untermain: Schnelle und unbürokratische Hilfe für Betroffene
Drs. 17/16802, 17/17462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen
Drs. 17/16810, 17/17500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Personaleinsatz in Pflegeheimen bei Bedarf flexibler regeln
Drs. 17/16830, 17/17501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Bayerns Krankenhäusern
Drs. 17/16834, 17/17502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD
Evaluation der Sprachförderung an bayerischen Schulen
Drs. 17/16912, 17/17428

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beweislastumkehr bei Umwelterkrankungen
Drs. 17/17176, 17/17263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.